

Opposition fordert erneut Entlassung von Walter-Borjans

Von Martin Teigeler, dapd | 02.02.2011, 14:21

Düsseldorf. Neue Entwicklung im nordrhein-westfälischen Haushaltsstreit: Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat früher von der verbesserten Kassenlage des bevölkerungsreichsten Bundeslandes gewusst als bisher bekannt.

«Ich wurde am 13. Januar telefonisch über die vorläufige Haushaltsverbesserung unterrichtet», sagte der SPD-Politiker am Mittwoch in einer Sondersitzung des Finanzausschusses im Düsseldorfer Landtag.

Eine «Verpflichtung zur unverzüglichen Unterrichtung» des Landtags leite sich daraus nicht ab, sagte Walter-Borjans. Der Landtag hat laut Verfassung das Etatrecht. Bereits am 3. Januar erhielt das Ministerbüro von der Fachabteilung des Finanzministeriums Kenntnis über günstigere Steuereinnahmen im Jahr 2010.

Das Ministerium hatte in der vergangenen Woche im Ausschuss angegeben, erst nach einem Kassenabgleich vom 19. Januar seien vorläufige Haushaltszahlen für 2010 errechnet worden. Eine grobe Tendenz konnte Walter-Borjans nach eigenen Angaben am 17. Januar dem NRW-Verfassungsgerichtshof mitteilen.

Der NRW-Verfassungsgerichtshof hatte am 18. Januar neue Kredite im rot-grünen Nachtragshaushalt 2010 per einstweiliger Anordnung vorerst untersagt. CDU und FDP hatten geklagt, weil sie den Nachtragsetat für verfassungswidrig halten. Das endgültige Urteil wird spätestens im März erwartet.

Umstritten ist vor allem die Rücklage für WestLB-Altlasten in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Eine Woche nach dem vorläufigen Richterspruch hatte Walter-Borjans überraschend eine Senkung der Nettoneuverschuldung um 1,3 Milliarden Euro wegen der steigenden Steuereinnahmen und geringeren Ausgaben angekündigt.

Die Opposition aus CDU und FDP wirft dem Minister eine Täuschung des Gerichts, des Landtags und der Öffentlichkeit vor. Walter-Borjans sieht dagegen einen normalen Vorgang. Zudem habe sein Amtsvorgänger Helmut Linssen (CDU) den Landtag in den Vorjahren zumeist später über Etatverbesserungen informiert.

Vergleich mit Mubarak

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss wurde Walter-Borjans von der Opposition wegen seiner angeblich nicht transparenten Politik mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak verglichen. Koalitionsvertreter wiesen den Vergleich zurück.

Auch in der anschließenden Plenardebatte setzte sich der Haushaltsstreit in scharfer Form fort. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke sprach von einer «Vertuschungsstrategie» der Minderheitsregierung. Offenbar habe der Finanzminister versucht, «auf Pump» eine «schwarze Kasse» für rot-grüne Ausgabenprogramme anzulegen. Das «Lügengebäude» von der «Erblast» der schwarz-gelben Vorgängerregierung sei «wie ein Kartenhaus» zusammengebrochen. CDU-Fraktionsvize Armin Laschet warf Walter-Borjans «politisches Versagen» vor.

«Das Beste für das Land wäre es, wenn Sie den Finanzminister noch heute entlassen würden», sagte der Christdemokrat in Richtung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Jedermann im Landtag wisse, dass SPD und Grüne hinter vorgehaltener Hand unzufrieden seien mit dem Vorgehen ihres Finanzministers. Walter-Borjans sei zum «Gespött» der Leute geworden, sagte CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann.

Kraft verteidigte die Haushalts- und Finanzpolitik der Regierung. Es sei «moralisch bedenklich», dass die alte schwarz-gelbe Koalition vor der Landtagswahl 2010 einen Haushalt aufgestellt habe, von dem die jetzigen Oppositionsfraktionen CDU und FDP gewusst hätten, «dass er hinten und vorne nicht reicht», sagte die Regierungschefin. Rot-Grün habe mit dem Nachtragsetat eine Schlussbilanz der abgewählten Regierung von Ex-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) vorgelegt. Sie verteidigte, dass der Finanzminister nicht sofort gegenüber dem Gericht mit der Etatverbesserung argumentierte. Schließlich seien zunächst nur «grobe Blöcke» bekannt gewesen.

Linke-Fraktionsvize Rüdiger Sagel bemängelte, der Minister mache «keine gute Figur». Rot-Grün müsse «Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit» einhalten. Für Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen sind die Oppositionsvorwürfe nicht ernst zu nehmen. Ansonsten hätten CDU und FDP sofort Neuwahlen beantragen müssen.

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=1535802